

Resolution

Berlin, 27. März 2011

Thüringer Haftopferverbände müssen in der Konzeption und Führung der späteren Gedenkstätte Andreasstraße eine leitende Position einnehmen

Die im Rahmen des UOKG-Verbandetreffens am 26. und 27. März 2011 in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen versammelten Vertreter der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft verabschiedeten die folgende Resolution:

Gegen den ausdrücklichen Protest der beiden örtlichen Häftlings-Verbände, Freiheit e.V. und VOS e.V. Landesgruppe Thüringen, will das Thüringer Kultusministerium eine dem Ort nicht angemessene Dauerausstellung in der zukünftigen Gedenk- und Bildungsstätte in der Erfurter Andreasstraße installieren.

Eine Gedenkstätte in einem ehemaligen Untersuchungsgefängnis muss vor allem von denen getragen werden, die einst hier gelitten haben. Jedes Konzept für einen solchen Ort muss sich an der Akzeptanz derer messen, denen hier staatlich verordnetes Unrecht zugefügt wurde. Das ist in Deutschland seit der Errichtung der ersten KZ-Gedenkstätten ein unbestrittener ethischer Grundsatz.

Das galt bisher auch für alle Gedenkstätten in ehemaligen MfS-Gefängnissen. Das Thüringer Kultusministerium verletzt diesen Grundsatz.

Den Vertretern der ehemaligen politischen Gefangenen der MfS-U-Haftanstalt Andreasstraße wurde eine substanzielle Mitsprache bei der Erarbeitung des Konzeptes solange verweigert, bis sie ihren Austritt aus der „Arbeitsgruppe Konzept Andreasstraße“ erklären mussten. Sie wären sonst für ein Konzept vereinnahmt worden, das das Thema Haft und politische Justiz marginalisiert, das die Aufbauleistung der Zeitzeugen an der Gedenkstätte in Erfurt ignoriert und ihnen auch in Zukunft keine Mitbestimmung zubilligt.

Wir halten es für einen Skandal und eine ethische Verirrung, dass die Regierung des Freistaates Thüringen annimmt, eine glaubwürdige Gedenkstätte gegen die Opfer des Ortes aufbauen zu können.

Es ist uns unverständlich, warum nicht die bisherigen Träger der Gedenkstättenarbeit ihre erfolgreiche Tätigkeit fortsetzen dürfen. Wir fordern, dass die Thüringer Haftopferverbände in der Konzeption und Führung der späteren Gedenkstätte eine leitende Position einnehmen.

Wir erklären uns mit unseren Kameraden in Erfurt solidarisch!

Wir erneuern das Angebot an die Landesregierung Thüringen, für eine Vermittlung in dem Konflikt bereit zu stehen.